Schleswig-Holstein
Der echte Norden

Schleswig-Holstein
Ministerium für Wirtschaft,
Verkehr, Arbeit, Technologie
und Tourismus

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus | Düsternbrooker Weg 94 | 24105 Kiel

Bundesministerium
für Digitales und
Staatsmodernisierung

dwii5@bmds.bund.de

18. September 2025

**Konsultationsprozess zur nationalen Rechenzentrumsstrategie**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit der Teilnahme am Konsultationsprozess der nationalen Rechenzentrumsstrategie. Gerne nutze ich die Gelegenheit, einige wirtschaftspolitische Überlegungen in die Strategieentwicklung einzubringen. Ich habe mich auf ausgewählte Denkanstöße fokussiert, die bei Bedarf weiter vertieft werden können.

1. **Welche Merkmale und Rahmenbedingungen kennzeichnen aus Ihrer Sicht einen „zukunftsfähigen und leistungsstarken“ Rechenzentrumsstandort Deutschland im Jahr 2030?**

   Zukunftsfähige Standortkriterien (Auswahl):

   Hohe Netzstabilität (Strom und Daten), zusätzliche Anschlusskapazitäten, steigendes Grünstromangebot, wirkungsvoller Datenschutz, verantwortungsvoller KI-Einsatz.

2. **Welche zentralen Herausforderungen und Chancen sehen Sie für den Rechenzentrumsstandort Deutschland in den kommenden Jahren?**

   Zentrale Herausforderungen (Auswahl):

   Adäquate Flächenvorsorge, ausreichende Anschlusskapazitäten, nachhaltige Energieversorgung, bessere Energieeffizienz, sinnvolle Datenreduktion.

   Zentrale Chancen (Auswahl):

   Unabhängigkeit von Autokratien bei der Datenverarbeitung, Erhöhung der Wertschöpfung im Land, Verbesserung der Finanzkraft von Standortgemeinden, Schaffung technisch qualifizierter Arbeitsplätze, Gestaltung der digitalen Entwicklung.

**3. Welche Rahmenbedingungen sollten aus Ihrer Sicht wie verändert werden, um Rechenzentrumsinvestitionen zu fördern und Innovation zu ermöglichen?**

Änderungsvorschläge (Auswahl):

Bauprivilegierung:

Eine baurechtliche Privilegierung von Großrechenzentren im Außenbereich unterstützt datenschutzkonforme Datenverarbeitung im Inland (vgl. auch Ausführungen zum Datenschutz auf der BMI-Website: Recht auf informationelle Selbstbestimmung als Teil des allgemeinen Persönlichkeitsrechts nach Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG).

Standortresilienz:

Eine Streuung von Großrechenzentren über das Bundesgebiet bietet bei Attacken einen besseren Schutz der restlichen Recheninfrastruktur (dezentrale Standorte statt zentraler Hotspots).

Flächenvorsorge:

Eine aktive Flächenvorsorge für Rechenzentren in Regionen mit vergleichsweise niedriger Jahresdurchschnittstemperatur trägt zur Verringerung des Energieverbrauchs von Rechenzentren bei.

Datenreduktion:

Eine verbindliche regelmäßige Überprüfung der Datenhaltung identifiziert inaktive Daten und trägt auf diese Weise zur Reduzierung des Datenvolumens und damit der notwendigen Speicherkapazitäten bei.

Abwärmenutzung:

Förderanreize zur Nutzung der Abwärme durch Kommunen und Gewerbe, aber auch durch Landwirtschaft und Fischerei (Gewächshäuser, Vertical Farming, Aquakultur) können die Akzeptanz von Rechenzentren weiter verbessern.

**4. Welche Rolle sollte der Staat bei der Entwicklung einer souveränen und resilienten Recheninfrastruktur einnehmen?**

Rolle des Staates (Auswahl):

Sicherung des freien Wettbewerbs (bundesweite Recheninfrastruktur), Verfügbarkeit des Strombedarfs (ausgebaute Netzinfrastruktur), Gewährleistung eines diskriminierungsfreien Datenaustausches, Umgang mit sensiblen Daten (EU-weite Regelung), Einsatz Künstlicher Intelligenz (EU-weite Regelung).

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung. Ich freue mich auf eine Beteiligung im weiteren Prozess.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Oliver Kühl